Stand: 17.11.2026 02:02:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4468

"Keine Zugangsbeschränkung für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien - Mittlere Reife für alle nach der 10. Klasse"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4468 vom 26.11.2014
2. Beschluss des Plenums 17/4562 vom 27.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.11.2014 **Drucksache 17/4468**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Keine Zugangsbeschränkung für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien - Mittlere Reife für alle nach der 10. Klasse

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Zugang zur künftigen Mittelstufe Plus nicht auf 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler zu beschränken und den Pilotschulen größtmögliche Gestaltungsfreiheit zu geben. Die dazu notwendigen Ressourcen stellt der Landtag zur Verfügung.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, den Lehrplan der verlängerten Mittelstufe so zu gestalten, dass für alle Schülerinnen und Schüler die Mittlere Reife nach der 10. Klasse vergeben werden kann.

Begründung:

Die im Ministerrat am 18. November 2014 beschlossene Deckelung der Mittelstufe Plus auf 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler wird den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht. Die Einführung des G8 führte dazu, dass vor allem in der Mittelstufe durch bis zu 36 Wochenstunden erheblich mehr Nachmittagsunterricht notwendig ist und damit eine starke zeitliche Belastung entstand. Für einen erheblichen Teil der Schülerinnen und Schüler muss dieser Konstruktionsfehler des G8 aufgelöst werden und eine echte Wahlfreiheit für eine längere Verweildauer am Gymnasium entstehen. Dabei können die Gründe für eine längere gymnasiale Laufzeit sehr unterschiedlich sein: Entschleunigung des Lernens, mehr Vertiefungsmöglichkeit, mehr persönliche Freiräume oder auch fehlende Busanbindungen im ländlichen Raum nach dem Nachmittagsunterricht. Da der Bedarf für eine längere Schulzeit derzeit nicht abgeschätzt werden kann, ist eine Deckelung in jedem Fall kontraproduktiv. Wichtig ist, dass die einzelnen Gymnasien ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um den Schülerinnen und Schülern attraktive pädagogische Konzepte für eine zusätzliche Lernzeit anbieten zu können. Ungeklärt ist nach wie vor, nach welchem Schulbesuchsjahr in der verlängerten Mittelstufe die Mittlere Reife vergeben wird. Deutschlandweit wird der mittlere Schulabschluss in der Regel nach der 10. Klasse vergeben. Das muss auch künftig im bayerischen Gymnasium gelten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.11.2014 **Drucksache 17/4562**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**4468**

Keine Zugangsbeschränkung für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien – Mittlere Reife für alle nach der 10. Klasse

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Martin Güll
Abg. Thomas Gehring
Abg. Günther Felbinger
Abg. Otto Lederer
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)
Keine Zugangsbeschränkung für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien - Mittlere Reife für alle nach der zehnten Klasse (Drs. 17/4468)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellvielfalt für die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums zulassen (Drs. 17/4494)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Echte Wahlfreiheit bei der "Mittelstufe Plus" unverzüglich umsetzen (Drs. 17/4495)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Martin Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Lehrer-Aufstand gegen Spaenle", so der "Münchner Merkur", "Epochaler Murks im Schulstreit", – "Alles wirkt einmal mehr unausgegoren", so die "Welt am Sonntag". – Es kommt keine Ruhe in das Thema Gymnasium. Damit ist auch klar, dass die vom Herrn Minister vorgeschlagene Dialogstrategie schlicht und ergreifend nicht aufgegangen ist. Sie ist gescheitert. Sie hat nicht alle mitgenommen; denn am Ende kamen keine Vereinbarungen zustande, die von der Schulfamilie oder den Betroffenen tat-

sächlich mitgetragen werden. Wir haben nach der Klausurtagung der CSU-Fraktion im Kloster Banz den Eindruck, dass wieder das Motto gilt: "Mia san mia und machen, was uns passt." Der Ministerpräsident hat den Dialog dann für beendet erklärt. Jetzt versuchen wir, gemeinsam oder auch alleine mit den Folgen fertig zu werden.

Worum geht es eigentlich bei der "Mittelstufe Plus"? - Wir alle sind angetreten – ich glaube, das kann man wirklich so sagen -, um die Belastungen im Gymnasium durch die 36 Stunden pro Woche in der Mittelstufe abzubauen. Eine Lösung war ein Vorschlag der Staatsregierung, die Mittelstufe Plus einzuführen. Es wurde groß angekündigt, dass die Schüler endlich die Wahlfreiheit für neun Jahre haben. Ministerpräsident Seehofer hat im Umfeld von Banz auf die Frage, wie viele Schüler nach seiner Einschätzung das zusätzliche Jahr wahrscheinlich brauchen, gesagt: 20 bis 25 %, mehr werden es nicht sein. Auf die Frage, wenn es dann doch mehr werden sollten, sagte der Herr Ministerpräsident, es sei doch für eine offene Gesellschaft nicht verkehrt, wenn die Leute mehr mitzureden und zu entscheiden haben. Es gehe um die Zukunft der Jugend. Am Geld werde es nicht scheitern. – Was muss man daraus schließen? – Es gibt ein Wahlrecht. Die Eltern können zusammen mit ihren Kindern, den Schülern, entscheiden.

Dann kommt die Deutungshoheit des Staatsministeriums. Das Ministerium hat dann gleich in Form eines Briefes an die Gymnasien klargestellt: Nein, so ist das nicht gemeint. Wir begrenzen das auf höchstens 25 %, auch pädagogische Gründe und so weiter müssen vorliegen. Das war natürlich auch noch nicht sehr verbindlich. Das war erst einmal eine Meinung des Staatsministeriums. Dann kam der Kabinettsbeschluss; denn irgendwann einmal muss man Nägel mit Köpfen machen. Der Kabinettsbeschluss – so hört man – soll eine Deckelung vorgesehen haben. Das Kabinett soll die Aussage getroffen haben, dass es keine zusätzlichen Finanzmittel gibt.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Wo steht denn das?)

Jetzt muss einmal Butter bei die Fische kommen. Die Frage muss doch erlaubt sein: Gibt es diesen Kabinettsbeschluss? Gibt es diese Deckelung, oder gibt es sie nicht? Der Herr Minister geht jetzt durch die Lande – ich war letzten Samstag bei einer Tagung der Gymnasialdirektoren selbst dabei – und sagt, diesen Deckelungsbeschluss gibt es gar nicht.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Genau so ist es!)

Dann ist es heute an der Zeit, das Parlament davon zu informieren, ob es diesen Deckelungsbeschluss gibt, ob diese Begrenzung tatsächlich vom Kabinett vorgenommen worden ist, damit wir hier Klarheit haben. Auch das ist der Grund dafür, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht haben. Wir wollen nicht aus den Medien erfahren müssen, ob es einen möglichen Kabinettsbeschluss gegeben hat. Wir wollen hier aus dem Munde der Staatsregierung hören, ob es eine Deckelung gibt.

Ich möchte an der Stelle schon darauf hinweisen, dass man den Schulen Gestaltungsmöglichkeiten geben sollte, um zu erproben, wie man die Mittelstufe tatsächlich verlängern kann, wenn man eine Pilotphase für eine Lösung anstrebt. Auf keinen Fall darf man die Spielräume zu eng machen, weil damit natürlich die Frage aufgeworfen wird, auf welcher Grundlage entschieden wird. Entscheiden das Gesicht, die Noten oder die Zuneigung zu dem Schüler? – Wir brauchen vernünftige Kriterien dafür, wie Schüler und Eltern eine längere Schulzeit wählen können. Wenn man schon kein Wahlrecht zulassen will, muss man ganz klare Vorgaben machen. Ich erwarte, dass wir heute eine klare Ansage bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Problem muss auch gelöst werden. Das kann man nicht irgendwann einmal lösen, sondern man muss es jetzt lösen. Mit dieser Mittelstufe Plus, der Verlängerung der Schulzeit in der Mittelstufe von drei auf vier Jahre, ist die Frage aufgeworfen worden, wann der Schüler oder die Schülerin die Mittlere Reife erhält. Normalerweise erhält er sie nach Ende der Mittelstufe. Das wäre in dem Fall das elfte Schuljahr; denn

eine elfte Klasse darf es in der Mittelstufe nicht geben. Das haben wir vom Herrn Staatsminister gehört. Was ist also zu tun, wenn jemand vorzeitig vom Gymnasium abgeht? Muss er dann eine Feststellungsprüfung machen? Daraus ergibt sich auch die Frage, ob alle Schülerinnen und Schüler in Bayern gleich behandelt werden. Der Mittelschüler bekommt nach der zehnten Klasse seine Mittlere Reife. Der Realschüler bekommt sie nach der zehnten Klasse, die Gymnasiasten sollen sie aber erst nach der elften Klasse bekommen. Ich möchte hier ganz klar die Forderung aufstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler, wie deutschlandweit üblich, ihre Mittlere Reife nach der zehnten Klasse bekommen können. Dazu ist es notwendig, die Lehrplaninhalte so auf die achte, neunte und zehnte Klasse zu verteilen, dass der Stoff, den man braucht, um nach der zehnten Klasse auf einem anderen Bildungsweg weiterzumachen, auch erreicht wird.

Wenn man ohnehin an den Lehrplaninhalt ran muss, kann man auch die Frage stellen, ob man gleich ein G 9 hätte einführen können. Das wäre die sinnvollere Variante gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss noch ganz kurz auf die beiden Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER eingehen. Wir werden beiden zustimmen. Der Inhalt des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER ist ziemlich identisch mit dem Inhalt unseres Dringlichkeitsantrags. Bei den GRÜNEN haben wir noch die Möglichkeit dabei, die gymnasiale Oberstufe flexibler zu gestalten. Ich halte pädagogisch sehr viel davon. Deshalb wäre es sinnvoll, einen Weg zu finden, diese Erprobung möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben seit über einem Jahr eine lebhafte Diskussion über das Gymnasium in Bayern. Manche sind davon vielleicht schon ermüdet, was aber auch kein Wunder ist. Mein Eindruck ist, dass dieser Dialog, der vom Kultusministerium angestoßen worden ist, auch ein Ermüdungsdialog ist. Alle führen diesen Dialog so lange, bis nichts mehr herauskommt. Wir haben uns diesem Dialog gestellt. Wir GRÜNE haben einen Gymnasialkonvent abgehalten. Der Ausschuss hat eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Bei den Dialogforen des Kultusministeriums waren alle Gruppen vertreten und haben Vorschläge für die Reform des Gymnasiums auf den Tisch gelegt. Es waren durchaus heterogene und sehr unterschiedliche Vorschläge. Es war klar, dass nicht alles ohne Weiteres in ein so enges Korsett gepackt werden kann. Es war aber eine offene Diskussion, und es war notwendig, diese Diskussion aufzunehmen.

Mit dem Beschluss der CSU-Fraktion in Banz ist diese Reformdiskussion beendet worden. Die CSU hat ein Modell festgelegt, das wesentlich enger war als das Modell in der ganzen Diskussion. In drei Punkten ist dieses Modell sehr vage. Der "Lehrplan PLUS" kommt in drei oder vier Jahren an die Gymnasien. Kein Mensch weiß, was da drinsteht. Im CSU-Konzept gibt es eine Überschrift "Lehrerbildung". Auch da weiß noch kein Mensch, was tatsächlich passieren soll, wie es konkret ausschauen soll. Der dritte und wichtigste Punkt ist die Reform der modernen Gymnasialbildung. Auch das ist nur eine Überschrift. Kein Mensch weiß, was dahinter stehen soll. Das einzig Konkrete in diesen Eckpunkten war die Mittelstufe Plus. Sie war schon eine sehr verengte Sichtweise auf das Gymnasialproblem. Vom Kultusministerium ist dieses Konzept eingedampft worden. Nun hieß es, es sei vom Kabinett gedeckelt worden. Das bedeutet, dass von diesem Diskussionsprozess über das Gymnasium nicht mehr viel übrig geblieben ist.Von allen Seiten kam Kritik – von der Landes-Eltern-Vereinigung, von den Schulleitern der Gymnasien und vom Philologenverband. Diejenigen, die den Prozess von Anfang an wohlmeinend unterstützt haben, haben nur noch Kritik geäußert.

Deswegen dienen die Anträge der Opposition heute dazu, den Dialog wieder aufzumachen, ihn breiter zu machen sowie Modelle auf den Weg zu bringen. Deswegen befürworten wir den Antrag der SPD, die Deckelung aufzuheben. Wenn ich das Modell "Mittelstufe Plus" schon ausprobiere, kann ich das nicht mit einer Deckelung machen, sondern muss zulassen, dass dort etwas entsteht.

Der zweite Punkt ist sehr logisch; die Vorstellung, die Mittlere Reife erst nach der 11. Klasse am Gymnasium zu erwerben, ist absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir GRÜNE wollen mit unserem Antrag den Reformprozess weiter öffnen und ihn von der Verengung befreien. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich appelliere an Sie: Geben Sie den Schulen wirklich Raum, diese Reform durchzuführen! Lassen Sie Schulentwicklung zu! Geben Sie den Schulen die Freiräume, das Gymnasium weiter zu entwickeln!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sprechen uns für eine pädagogische Reform der Mittelstufen aus. Um sie auf den Weg zu bringen, müssen wir an den Schulen neue Organisationsformen für Erziehung und Unterricht ausprobieren können.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Lesen Sie unser Papier, dann wissen Sie alles, was Sie hier vorbringen!)

- Ich habe Ihr Papier gelesen. Deswegen argumentiere ich so, wie ich argumentiere. Ihr Papier enthält ein paar Eckpunkte. Wenn wir das umsetzen wollen, müssen wir Modellversuche durchführen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das machen wir doch!)

- Sie machen gar nichts. Weder Sie noch die Regierung machen etwas.

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege, die Opposition macht überhaupt nichts!)

- Die Opposition macht gute Vorschläge. Hören Sie gut zu!

Wenn es schon eine Modellphase geben soll, schlagen wir vor, Modellphasen für eine pädagogische Reform der Mittelstufe mit anderen Erziehungs- und Unterrichtsformen durchzuführen. Man könnte sich zwei oder drei Szenarien vorstellen, die an den Schulen entwickelt und ausprobiert werden könnten. Ich bin sicher, die Schulen haben großes Interesse daran, neue Wege zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir Modelle ausprobieren, sollten wir auch das Modell der flexiblen Oberstufe, das wir und die SPD vorgeschlagen haben und das in anderen Bundesländern diskutiert wird, ausprobieren. Das ließe sich durchaus als Versuch von der KMK auf den Weg bringen. Das ist eine sehr intelligente Art und Weise, das Thema Schulzeitverkürzung und Schulzeitverlängerung sowie die individuelle Lernzeit zu organisieren. Wenn man sich in Bayern bei den Verbänden umhört, stellt man fest: Das Modell findet immer mehr Unterstützung. Die flexible Oberstufe findet eben nicht im Klassenverband, sondern im Kurssystem statt. Daher ist sie wesentlich besser zu organisieren als die Mittelstufe Plus. Vor allem wird eine Frage, die Sie mit der Mittelstufe Plus noch nicht entschieden haben, beantwortet: Wer entscheidet über das längere oder kürzere Lernen? In der Mittelstufe Plus heißt es jetzt irgendwie: Die Schule entscheidet es. Die Eltern sollen wählen können – oder doch nicht. Letztendlich brauchen wir ein klares Kriterium. Sind es die Noten? Sind es die Eltern? Ist es eine Konferenz? Welche Kriterien sollen herangezogen werden? Wir alle kennen Schule und wissen: Die Kriterien müssen justiziabel sein. Sie haben bisher keine Antwort vorgelegt, wie das bei der Mittelstufe Plus aussehen soll. Wir schlagen im Rahmen der flexiblen Oberstufe vor, dass die jungen Leute im Alter von 17 oder 18 Jahren nach der 10. Klasse selber entscheiden können, ob sie den längeren oder den kürzeren Weg gehen wollen. Ich denke, das wird den Ansprüchen der Schülerinnen und Schüler gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Appell: Machen Sie den Dialogprozess wieder auf! Sie haben ihn gehörig in den Sand gesetzt. Sie, Herr Minister, haben den Reformprozess gewaltig versemmelt. Sie haben ihn nicht nur versemmelt, Sie haben ihn auch miserabel kommuniziert. Das muss man auch einmal sagen. Herr Minister, mit Verlaub, zwar schätze ich Sie, aber ich würde Sie nicht als Pressesprecher einstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unserem Antrag sowie den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER zuzustimmen. Wir müssen den Dialog über die Zukunft des Gymnasiums wieder aufnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte, Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Eigentlich habe ich gedacht, dass der Ministerpräsident heute da ist. Passend zu seiner China-Reise habe ich nämlich ein chinesisches Zitat herausgesucht: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Zitat passt wunderbar zum Zustand des bayerischen Kabinetts. Letzte Woche sind mit der 10-H-Regelung die Windmühlen zum Erliegen gebracht und kurz darauf im Kultusministerium die Mauern bei der Gymnasialreform hochgezogen worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Anstatt den Wind der Veränderung am Gymnasium, der von allen Seiten weht, vonseiten der Eltern, der Verbände und der Opposition, aufzunehmen und mit vollen Segeln

voranzukommen, bauen Sie, Herr Kultusminister Spaenle, und Ihre Ministerialen schon wieder neue Mauern auf. Die Obergrenze, wonach 25 % der Schülerinnen und Schüler der sogenannten Mittelstufe Plus einen neunjährigen Zweig wählen dürfen, ist eine und willkürlich hochgezogene Mauer. Darüber hinaus ist sie unnütz. Diese Mauer muss weg, und zwar sofort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für uns FREIE WÄHLER ist klar, dass jede Schülerin und jeder Schüler hinsichtlich der Persönlichkeit und des Lernverhaltens ein Individuum ist. Folglich benötigen die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium unterschiedliche Lernzeiten. Für uns ist ebenfalls klar, dass sich jede Schülerin und jeder Schüler nach den persönlichen Neigungen und Interessen für eine acht- oder neunjährige Verweildauer am Gymnasium frei entscheiden können soll, um neben der Schule noch ausreichend Zeit für Hobbys, Ehrenämter und Vereine zu haben.

Sehr geehrter Minister Spaenle, die Bayerische Direktorenvereinigung hat eine Resolution verfasst, die Sie alarmieren sollte. Die "Süddeutsche Zeitung" vom 24. November 2014 schreibt von harscher Kritik an der vom Kabinett beschlossenen Reform des G 8. Der Vorsitzende der Direktorenvereinigung wird dort wie folgt zitiert: "Eine Deckelung pro Schule halte ich für problematisch." So äußerte sich Karl-Heinz Bruckner laut der "Süddeutschen Zeitung" zu ihrer 25-Prozent-Regel. Die Direktorinnen und Direktoren der Gymnasien fordern eine offene Ausschreibung für alle Schulen, die an der sogenannten Mittelstufe Plus teilnehmen wollen. Sie fordern – man höre und staune – mehr Mitsprache für die Gymnasien. Damit ist im Umkehrschluss klar, dass ein wichtiger Player in der ganzen Geschichte, nämlich die Direktorinnen und Direktoren, das Gefühl hat, keine Mitsprache zu haben. Diese mehr als deutliche Kritik der Gymnasialdirektoren zeigt mir, dass Ihr Kurs von oben herab falsch ist und unverzüglich korrigiert werden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ihr sogenannter Dialogprozess war eine einzige Showveranstaltung für die Öffentlichkeit. Er war und ist eine Farce und ist spätestens jetzt gescheitert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie uns von den Oppositionsparteien schon nicht glauben, sollten doch wenigstens die scharfen Proteste der Schuldirektoren und der Lehrer- und Elternverbände bei Ihnen im Kultusministerium angekommen sein. Herr Spaenle, mit Ihrem Hin und Her verunsichern Sie die bayerischen Gymnasien. Ich frage mich: Sind Sie wirklich so planlos oder steckt hinter dieser ganzen Sache eine Taktik? Möglicherweise wollen Sie die Eltern so verunsichern, dass sie gar keinen neunjährigen Zweig wählen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Position der FREIEN WÄHLER ist klar: Wir fordern weiterhin eine echte Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9, mehr Entscheidungsfreiheit der Gymnasien vor Ort sowie zusätzliche Ressourcen für die Schulen, und zwar schnellstmöglich. Ich sage klar und unmissverständlich: Ihr Konzept hat nichts mit Wahlfreiheit zu tun, sondern ist aus pädagogischen Gründen absolut abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Echte Wahlfreiheit würde einerseits dem Wunsch der Schulfamilie gerecht werden, andererseits würde jedem einzelnen Schüler und jeder einzelnen Schülerin die Zeit zum Lernen und Leben zugestanden, die er oder sie wünscht. Interessanterweise hat der Bayerische Ministerpräsident das ganz deutlich ausgedrückt. Ich zitiere aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 21. September 2014: "Seehofer erklärte, es könne sein, dass die achtjährige Zeit zum Abitur für die Mehrheit der Schüler die Regel bleibt, womöglich sei dies in ein paar Jahren aber auch der neunjährige Zweig."So weit Seehofer. Er stellt zudem fest, das Wesen einer Weiterentwicklung des Gymnasiums sei eine Wahlfreiheit. Damit befindet sich der Ministerpräsident im Gegensatz zu Ihnen auf dem richtigen Gleis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren von der CSU, drücken Sie nicht erneut eine unsinnige Regelung durch! Machen Sie nicht aus "10 H" nun "25 G"! Nutzen Sie den Wind der Veränderung und bauen Sie endlich Windmühlen statt Mauern! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich den Kollegen Lederer ans Rednerpult bitte, teile ich mit, dass die CSU zu allen drei Anträgen namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Felbinger, welches Gespür die FREIEN WÄHLER beim Wind haben, haben wir beim Volksbegehren gesehen. Daran hat man erkennen können, wie Sie auf Anregungen von Verbänden reagiert haben, nämlich nicht. Die Quittung dafür haben Sie vom Bürger erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Tosender Applaus!)

Wir von der CSU führen die Mittelstufe Plus nicht einfach so ein, sondern wir wollen eine zweijährige Pilotphase voranstellen, für die sich alle Gymnasien bewerben können – so habe ich auch den Antrag der FREIEN WÄHLER verstanden -, aber natürlich können nicht alle Gymnasien bei der Pilotphase dabei sein, sondern nur ein Teil von Ihnen.

Wir wollen in dieser Pilotphase die Mittelstufe Plus weiterentwickeln und erproben. Genau dieses Erproben ist mir sehr wichtig. Als ehemaliger Gymnasiallehrer weiß ich, wie wahrscheinlich auch Sie, dass es bei Proben, insbesondere bei Versuchsproben, entscheidend auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ankommt. Herr Güll, die Forderung nach größtmöglicher Gestaltungsmöglichkeit in der Pilotphase widerspricht dem wichtigen Aspekt der Vergleichbarkeit. Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, wir brauchen eine gewisse Offenheit. – Ja, wir brauchen für die Pilotschulen einen gewissen Handlungsspielraum. Der Handlungs- oder Gestaltungsspielraum darf aber nicht so weit gehen, dass die Ergebnisse danach nicht vergleichbar sind. Ansonsten sind wir hier beieinander.

Ich möchte auf die Pilotphase eingehen. Sie soll unter anderem die Frage klären, wie viele Schülerinnen und Schüler die Mittelstufe Plus wohl nutzen werden. Die vorab genannten 25 % bedeuten keine Quote oder Deckelung, sondern beruhen auf einer begründeten Annahme. Herr Güll, ich habe erfahren, das hat Ihnen am vergangenen Samstag der Minister bei einer Veranstaltung schon gesagt. Deswegen verstehe ich nicht, warum hierzu noch ein Dringlichkeitsantrag eingereicht wird, zumal das auch in einer Pressemitteilung des Kultusministeriums zu lesen ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum dürfen wir keinen Antrag mehr stellen?)

Erst bei der Vorbereitung und Durchführung der Pilotphase kann eine einigermaßen belastbare Basis dafür ermittelt werden, inwieweit die Annahme eines Anteils von circa 25 % zutrifft.

(Martin Güll (SPD): Es macht einen Unterschied, unter welchen Bedingungen ich das mache!)

Den Antragstellern der FREIEN WÄHLER und der SPD halte ich entgegen, dass jegliche Festlegung zur Mittelstufe Plus erst am Ende der Pilotphase getroffen werden sollte und nicht vor Beginn; denn man macht den zweiten Schritt nicht vor dem ersten.

(Martin Güll (SPD): Also gibt es keine Deckelung?)

Übrigens sind aus meiner Sicht zur Durchführung der Pilotphase die nötigen Ressourcen vorhanden, weil die Mittelstufe Plus weniger Wochenstunden pro Schuljahr umfasst, das normale Budget aber erhalten bleibt. Darüber hinaus sollen für die Schulen vier Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt werden. Der zusätzliche Bedarf für die Mittelstufe Plus wird erst sehr viel später auftreten. Bis dahin ist die Pilotphase längst abgeschlossen. Die erforderlichen Beschlüsse können dann also durchaus fristgerecht gefasst werden, und zwar vor dem Hintergrund der Erfahrungen dieser Pilotphase. Das macht aus meiner Sicht Sinn.

Der mittlere Bildungsabschluss wird am Gymnasium nach erfolgreichem Besuch der zehnten Jahrgangsstufe verliehen. Das trifft für alle Schülerinnen und Schüler heute zu; das trifft für alle Schülerinnen und Schüler zu, die nicht die Mittelstufe Plus wählen; das trifft auch für alle Schülerinnen und Schüler zu, die die Mittelstufe Plus wählen, wobei diese ein Jahr länger brauchen, um die Inhalte der zehnten Jahrgangsstufe durchlaufen zu haben.

(Martin Güll (SPD): Also doch nach der Elften!)

Die Logik der Mittelstufe Plus besteht schließlich gerade darin, dass man die Vermittlung der Lerninhalte dehnt. Bei dem, der dennoch einen mittleren Bildungsabschluss nach zehn Jahren erlangen möchte, muss gegebenenfalls festgestellt werden, ob die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz erreicht wurden.

Als gelernter Pädagoge finde ich es sehr bedauerlich, dass wir die wichtigen Fragen der pädagogischen Konzeption zu sehr ausblenden. Ich schließe aber aus dem Antrag der SPD, dass die SPD zumindest mit den ersten drei Säulen unseres Papiers aus dem Kloster Banz, die die Weiterentwicklung des Gymnasiums in puncto Lehrplan, Lehrerbildung und Gymnasialpädagogik betreffen, einverstanden ist.

(Martin Güll (SPD): Wenn die Inhalte stimmen!)

Dieses Einverständnis würde mich freuen. Analog deute ich auch den Antrag der GRÜNEN. Hieraus schließe ich ebenfalls, dass die inhaltliche Entwicklung im Großen und Ganzen mitgetragen wird. In unserem Papier aus dem Kloster Banz wird die inhaltliche Entwicklung sehr intensiv behandelt; sie nimmt darin 75 % ein. Dennoch geht mir Ihr Antrag zu weit. Zum einen wollen Sie einen Freibrief für alle möglichen pädagogischen und inhaltlichen Entwicklungen. Das fordern Sie vor dem Hintergrund, dass viele schon im MODUS-Projekt durchaus positive Erfahrungen gemacht haben. Daher erscheint mir diese Forderung zu unkonkret. Zum anderen möchten Sie das Modell der flexiblen Oberstufe erproben, obwohl Sie genau wissen, dass Sie nicht mit der Kultusministerkonferenz konform ist. Aus diesem Grund kann ich mich Ihrem Antrag nicht anschließen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt: Die pädagogische Weiterentwicklung ist der Schlüssel dafür, dass unsere bayerischen Gymnasien in Zukunft in ihrer Bildungsentwicklung hervorragend voranschreiten. Deshalb plädiert die CSU-Fraktion dafür, die vorliegenden Dringlichkeitsanträge der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Nun bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle ans Rednerpult.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Das bayerische Gymnasium ist eine starke und nachgefragte Schulart. Wir sind dabei, auf die zentrale Herausforderung des bayerischen Gymnasiums eine passgenaue Antwort zu geben. Die zentrale Herausforderung des bayerischen Gymnasiums liegt in seinem Erfolg begründet. In den letzten zehn Jahren ist der Zuspruch zum bayerischen Gymnasium von unter 30 % auf über 40 % gestiegen. Das ist keine Erfindung und Feststellung der Administration, sondern das ist die Feststellung eines der wichtigsten deutschen Bildungsforscher, nämlich von Professor Baumert. Wenn ich

diese Zahlen sehe, stelle ich fest, dass die Herausforderung des bayerischen Gymnasiums damit zu tun hat, dass so viele junge Menschen wie noch nie aus Familien ohne gymnasialen oder akademischen Bildungshintergrund diesen Weg gehen – Gott sei Dank. Wir haben den größten Anteil an der Begabungsnormalverteilung, den es am bayerischen Gymnasium je gegeben hat, was für die gymnasiale Pädagogik die entsprechenden Herausforderungen mit sich bringt. Gott sei Dank gibt es am Gymnasium so viele junge Menschen etwa aus Familien mit Zuwanderungshintergrund wie noch nie; diese Zahl kann noch steigen. Auf diese Rahmenbedingungen gilt es, Antwort zu geben.

Wir tun das in einem breit angelegten Dialog. Dazu könnte ich die Aussage vom Kollegen Söder wiederholen. Wir wollen dieser Herausforderung mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnen. Dieser Ansatz besagt erstens, was in Zukunft gelehrt wird. Wir tun das mit der größten Lehrplanreform, die es in Bayern je gab, nämlich mit der Unternehmung "LehrplanPLUS". Er setzt auf dem neuen Lehrplan auf, der für die ersten beiden Schuljahre der Grundschule in diesem Schuljahr eingeführt wurde. Wir werden diesen Weg konsequent gehen.Das heißt, welche Fertigkeiten werden in welchem Fach, hinterlegt mit welchem Stoff, erworben?

Die zweite Frage lautet: Wie wird unterrichtet? – Wir verfolgen einen umfassenden Ansatz zur Weiterentwicklung der Gymnasialpädagogik, die – Kollege Lederer hat die entsprechenden Hinweise schon gegeben – auf dem aufsetzt, was "Modus 21" ermöglicht.

Die dritte Frage lautet, wie wir der Tatsache gerecht werden, dass ein Teil der jungen Menschen an bayerischen Gymnasien mit einem pädagogischen Grundkonzept, das auf einem Stoffumfang von acht Jahren aufsetzt, mehr Zeit braucht. Das heißt, sie sollen neun Zeitjahre in Anspruch nehmen können, um den Stoffumfang von acht Jahren zu erwerben. Das ist die Überlegung. Wir haben nach einer umfassenden Dialogstrategie entsprechende Thesen formuliert, die die CSU-Landtagsfraktion auf ihrer Herbsttagung beschlossen hat. Die Staatsregierung hat sie zur Kenntnis genommen

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

und tut jetzt den entscheidenden Schritt. Wir wollen diese Phase gemeinsam mit den Schulen starten. Dazu habe ich von den Kollegen der anderen Fraktionen heute keine einzige Silbe gehört. Wir wollen diese Fragen mit den Schulen beantworten. Wir wollen erproben und ergründen, wie wir die zusätzliche Lernzeit in der Mittelstufe organisieren. Unser Vorschlag ist mit dem Begriff "Mittelstufe Plus" umschrieben.

Wenn ich eine Pilotphase durchlaufe, also einen Pilotversuch durchführe, um etwas zu erproben und zu erkunden, dann weiß ich nicht, was dabei herauskommt; sonst brauche ich den Versuch nicht zu machen.

(Widerspruch des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Das heißt, ich nehme die Kompetenz der Schulen und die Erfahrungen, die wir in diesen zwei Schuljahren sammeln werden, mit.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Am Ende der Pilotphase werden wir die Kernfrage beantworten,

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

wie wir die Herausforderung am bayerischen Gymnasium meistern, dass junge Menschen mehr Lernzeit brauchen. Das und nichts anderes ist Gegenstand des Kabinettsbeschlusses der letzten Woche.

Sie alle werden hoffentlich erfolgreich den Physikunterricht besucht haben. Wenn ich einen Versuch unternehme, dann habe ich eine Versuchsanordnung. Diese basiert auf einer Annahme. Diese Annahme werde ich verifizieren oder falsifizieren können.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Wenn mehrere blöken, wird es auch nicht besser.

Wir wollen mit den Erfahrungen dieser Schulen diese Frage konkret beantworten, wie wir den bayerischen Gymnasien eine solche zusätzliche Möglichkeit zur Verfügung stellen können.

In diesem Zusammenhang gibt es keinerlei Deckelung. Es gibt keinen Beschluss,

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

der irgendeine Quote festlegt, sondern es gibt eine Annahme, eine Prognose. Sie fußt mit knapp 20 % auf dem Wahlverhalten von Schülern in der Mittelstufe im letzten Schuljahr und anderen Erhebungen, zum Beispiel der Landes-Eltern-Vereinigung, die von 25 bis 30 % ausgeht. Das ist eine Annahme.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Es gibt keine Deckelung bei der Wahrnehmung entsprechender Möglichkeiten der zusätzlichen Lernzeit in der Mittelstufe Plus. Das ist der Unterschied zu Ihren Darlegungen. Wir wollen mit denen, die die Expertise haben, mit den Schulen, und zwar mit Schulen, die die ganze Vielfalt der bayerischen Gymnasiallandschaft abdecken, große Standorte, kleinere Standorte, ländliche Räume, verdichtete Ballungsräume, Schulen mit einem höheren Anteil an Kindern mit Zuwanderungshintergrund, diesen Modellversuch und diese Pilotphase durchführen, um zu den Erkenntnissen zu kommen, die wir benötigen, um allen Gymnasien Instrumente in die Hand geben zu können, um diese zusätzliche Lernzeit anzubieten.

Genau von diesem Weg her, vom einzelnen jungen Menschen her zu denken, von seiner pädagogischen Entwicklung ausgehend, darauf Antwort zu geben, dass ein bestimmter Anteil mehr Lernzeit braucht, von diesem Ansatz her werden wir diese Pilotphase anlegen. Wir werden in dieser Pilotphase auch sehen, wie sich das entwickelt, wie die einzelnen Schulen reagieren werden, wie die Nachfrage nach einem solchen Unternehmen sein wird. Das ist etwas, was ich als ergebnisoffen bezeichne. Das ist seriöses Vorgehen und bildungspolitisches Handeln, zuerst die Entwicklung wahrzu-

nehmen und aus dieser Entwicklung Erkenntnisse und Schlüsse zu ziehen und dann zu politischen Entscheidungen zu kommen. Mit diesem Thema gehen wir um. Wir können aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Zahlen eine Annahme zugrunde legen. Wie sich das entwickelt, werden wir in der Pilotphase mit den Schulen gemeinsam sehen. Das ist die klare Ansage.

Wenn unseriöser Journalismus zu verschiedenen Begriffen wie "deckeln" und Ähnlichem führt, dann ist das zurückzuweisen. Es gibt keinen solchen Deckelungsbeschluss, sondern eine prognostische Annahme für diese Pilotphase. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt, und werden aufgrund der Ergebnisse zu klaren Entscheidungen kommen. Das bayerische Gymnasium wird dann für die Zukunft gut gerüstet sein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie noch kurz am Rednerpult, Herr Minister. Der Kollege Martin Güll hat eine Zwischenbemerkung.

Martin Güll (SPD): Herr Minister, nur zur Klarstellung: Sie bestreiten nicht, dass es ein internes Papier gegeben hat. Sowohl der Vorsitzende des Philologenverbandes hat das bestätigt als auch die Zeitung. Sie nennen das unseriösen Journalismus. Sie bestreiten also nicht, dass es dieses Papier gab, und es gab darin keinen Deckelungsbeschluss.

Was mich fragend zurücklässt: Was wollen Sie erproben? Wollen Sie erproben, welches Verfahren am besten geeignet ist, die Schüler von einer neunjährigen Version abzuhalten? Ist das Ihr Begehren?

(Widerspruch bei der CSU)

Oder müssten Sie denn nicht eigentlich erproben, nach dem, was vorausgegangen ist, was an Beschwerden oder an Forderungen da war, welche Form, die kürzere oder die längere, die bessere ist? Müssten Sie dann nicht pädagogische Konzepte erarbeiten lassen für eine neunjährige Form und für eine achtjährige Form? Das wäre das Span-

nende, um hinterher entscheiden zu können, was die bessere Variante ist, Wahlfreiheit zwischen acht oder neun Jahren. Das erschließt sich mir nicht nach dem, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Jeder ist für die Qualität seiner Zwischenbemerkung selbst verantwortlich.

(Martin Güll (SPD): Aber auch für das, was man sagt!)

Ich kann es noch einmal deutlich machen.

Wir werden mit einer neuen Lehrplangeneration

(Martin Güll (SPD): Die hat es vorher schon gegeben, das ist nichts Neues!)

das bayerische Gymnasium fortentwickeln, dem "LehrplanPLUS". – Ich kann es Ihnen darlegen, so oft Sie wollen. Wir werden mit der Weiterentwicklung der Gymnasialpädagogik fußend auf dem Prozess MODUS 21 auf genau diese Herausforderungen Antworten geben. Wir werden dieser Frage, wie wir zusätzliche Lernzeit in welcher Form, nach welchem Verfahren, bei welcher Nachfrage anbieten können, mit den Gymnasien nachgehen. Das werden wir in dieser Pilotphase erproben und dazu Erfahrungen sammeln. Wir werden gemeinsam die entsprechenden Modelle bewerten und am Schluss zu Ergebnissen kommen. Das ist ein probates und vernünftiges politisches Vorgehen, das völlig transparent und ergebnisoffen auf den Erfahrungen aufbauen wird. Wir werden sehen, ob die Prozentzahlen zutreffen, die wir annehmen. Wir werden sehen, ob sich das anders entwickelt. Genau das ist seriöses politisches Vorgehen, solche Erfahrungen zu sammeln. Wir tun dies gemeinsam mit den gymnasialen Verbänden, der Landes-Eltern-Vereinigung, der Direktorenschaft und dem Philologenverband, denen ich Respekt zolle, die zur Konzeption der Pilotphase wichtige inhaltliche Hinweise gegeben haben. Ich begreife dieses Papier ausdrücklich als Teil der Vorbereitung dieser Pilotphase. Das ist seriöses politisches Handeln. Genau so wer-

den wir vorgehen. Am Ende dieses Prozesses werden wir die notwendigen bildungspolitischen Konsequenzen zur Gestaltung zusätzlicher Lernzeit ziehen und Veränderungen am Gymnasium vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Minister, ungeachtet dessen, dass ich schon am Anfang dieses ganzen Prozesses kein seriöses Vorgehen erkennen kann, wollte ich Sie noch einmal darauf ansprechen, wie Sie immer zu der Annahme von 25 % kommen. Sie legen hier wohl die Umfrage, die die Landes-Eltern-Vereinigung in den Raum gestellt hat, zugrunde und bedenken dabei nicht, dass dahinter nur ein geringer Prozentsatz der Elternschaft steht und die Umfrage in keiner Weise repräsentativ ist. Sie sollten vielmehr einmal den Blick über die bayerischen Lande hinauswagen und nach Hessen oder nach Baden-Württemberg schauen. Dort gibt es nämlich ganz andere Zahlen.

Jetzt meine Frage: Wäre Ihrer Meinung nach nicht der umgekehrte Weg der viel seriösere, nämlich erst alle frei wählen zu lassen, dann zu sehen, was dabei herauskommt, und danach festzulegen, so und so viele können das, anstatt es so zu machen wie Sie und von vornherein Beschränkungen aufzulegen, um dann zur Erkenntnis zu kommen, dass das unter Umständen gar nicht viele wollen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich will Ihnen jetzt nicht den Gang zum Facharzt empfehlen. Ich habe mehrfach wiederholt, dass es keinerlei Deckelungsbeschluss für die Pilotphase gibt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN – Martin Güll (SPD): Wenn es 50 % sind, ist es auch okay!)

Ich kann es im Protokoll auch in Großbuchstaben entsprechend deutlich machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Wir gehen von einer Annahme aus und werden sehen, wie sich das in der Pilotphase entwickelt. Wir wollen für die jungen Menschen, die für ihre Entwicklung mehr Lernzeit brauchen, die richtigen Schlüsse ziehen und die richtigen Modelle anbieten. Wenn ich das vom Kopf auf die Füße stelle, kann es sein, dass das vielleicht aus Ihrer Sicht richtig ist – das ist Baselitz; das ist in der Kunst sehr erfolgreich, wenn man etwas auf den Kopf stellt. Wir aber gehen richtig vor. Wir besprechen das mit den Schulen, die die gymnasiale Schullandschaft widerspiegeln. Wir werden die Frage der pädagogischen Möglichkeiten in der Pilotphase betrachten, werden die Entwicklung beobachten, welche jungen Menschen diesen pädagogischen Weg einschlagen wollen und welche Nachfrage sich am Ende herausstellt. Das ist seriöses Vorgehen. Anschließend werden wir das gemeinsam mit den Gruppen der Schulfamilie bewerten. Das ISB wird in diesen Prozess eingebunden sein. Wir werden wissenschaftliche Expertisen hinzuziehen, um am Ende dieses Prozesses eine veränderte Form und ein erweitertes Instrumentarium für das bayerische Gymnasium zur Verfügung zu stellen. Ihnen wünsche ich viel Spaß mit Baselitz.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Recht schönen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die CSU-Fraktion hat inzwischen zu zwei Anträgen auf namentliche Abstimmung verzichtet, sodass ich zunächst mit den einfachen Abstimmungen beginne.

(Unruhe)

- Ich bitte, etwas aufzupassen! – Ich komme zunächst zur einfachen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4494. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir haben das akustisch nicht mitbekommen!)

- Der Antrag der GRÜNEN. Ich bitte, den Arm zu heben.

(Zurufe von der SPD: Wir stimmen zu!)

Zustimmung? – Bitte die Arme heben! Ordnung muss schon sein. – Ich frage noch einmal. Ich habe die Zustimmung abgefragt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zugestimmt. Ich habe die Gegenstimmen abgefragt. Das war die Fraktion der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die SPD hat - - . Gut.

(Martin Güll (SPD): Wir stimmen zu! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Zustimmung! – Lachen bei der CSU)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Also wir hier oben haben Zeit!

(Zurufe von der CSU: Wir auch!)

- Sie auch. Dann passt das ja. Aber wenn Sie nicht ruhig sind, können Sie das nicht verstehen. – Ich komme jetzt zur einfachen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4495. Das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER. Wer diesem

Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/4468. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung. Ich eröffne hiermit die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.44 bis 14.49 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir werden die Stimmkarten außerhalb des Saales auszählen. – Ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Petersen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Zugangsbeschränkungen für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien – Mittlere Reife für alle nach der zehnten Klasse", Drucksache 17/4468, bekannt. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.11.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion SPD; Keine Zugangsbeschränkung für Mittelstufe Plus an bayerischen Gymnasien - Mittlere Reife für alle nach der zehnten Klasse (Drucksache 17/4468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	64	81	0